

Corporate Social Responsibility Compliance

Nietsch

2021

ISBN 978-3-406-76146-1

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Nietch
Corporate Social Responsibility Compliance

The logo for beck-shop.de features the brand name in a bold, lowercase, orange sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three small orange circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the brand name, the tagline 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, uppercase, orange sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Corporate Social Responsibility Compliance

Herausgegeben von

Prof. Dr. Michael Nietsch

o. Professor, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht,
Unternehmensrecht und Kapitalmarktrecht, EBS Universität für Wirtschaft und Recht,
Wiesbaden

2021

The logo for beck-shop.de features three orange circles of varying sizes above the text. The text 'beck-shop.de' is in a large, bold, orange sans-serif font, with 'beck-' and '.de' in a smaller size than 'shop'. Below it, 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' is written in a smaller, all-caps, orange sans-serif font.
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

The logo for C.H. Beck features a stylized black griffin or dragon standing on a horizontal line. To the left of the griffin is a circle containing the letter 'B'. Below the griffin and the line, the text 'C.H. BECK' is written in a black, all-caps, serif font.
C.H. BECK

Zitervorschlag: Nietsch CSR-Compliance/*Bearbeiter* § ... Rn. ...

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 76146 1

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Westermann Druck Zwickau GmbH
Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: 3w+p GmbH, Rimpfing

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



[chbeck.de/nachhaltig](https://www.chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Es gibt Bücher, auf die man nicht länger warten kann. Es gibt Bücher, für die die Zeit reif ist. Für ein solches Buch ist dieses Vorwort geschrieben.

Worum geht es?

1. Die Wirklichkeit hat sich verändert, auch für die Unternehmen. Verändert haben sich damit zugleich die Erwartungen an die Unternehmen, an das Management und an die Mitarbeiter. Dazu werden in diesem Buch zwei Themen zusammengeführt, nämlich „Corporate Social Responsibility“ und „Compliance“.

2. Das Thema „Corporate Social Responsibility“ bezeichnet die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen für eine nachhaltige Entwicklung, also die unternehmerische Gesellschaftsverantwortung. Über die Grundlagen, die guten Gründe für diese Erwartungen besteht weitgehend Einigkeit. Aber die Grenzen dafür sind unbestimmt, was die Verständigung hierüber nicht wirklich erleichtert. Ratlosigkeit auf beiden Seiten oder richtiger: Auf allen Seiten ist die Folge; denn der Fantasie, den gesellschaftlichen Träumen, wie unsere Welt aussehen könnte und sollte, und den sich hieraus ergebenden Forderungen nach immer mehr „Responsibility“ sind keine Grenzen gesetzt – und mit etwas Ironie sei hinzugefügt, zumal wenn man nicht selbst damit belastet wird. Aufgabe einer Veröffentlichung zur „Corporate Social Responsibility“ ist es daher, Struktur zu gewinnen, die Dinge zu diskutieren und die Grenzen zu definieren. Das ist hier in dieser Veröffentlichung versucht, wobei die Frage bleibt: Weshalb wird „Corporate Social Responsibility“ nicht mit gleicher Verve durch eine Forderung nach entsprechender „Consumer Social Responsibility“ ergänzt, nämlich entsprechenden Erwartungen und Pflichten an den Verbraucher? Was sind Recht und Wirklichkeit des ethical consumerism?

3. Bei der Diskussion um „Corporate Social Responsibility“ ging es zunächst vor allem um Erwartungen, die über die rechtlichen Forderungen an die Unternehmen und das Management hinaus gehen. Das hat sich geändert. Zunehmend erfolgt in jüngerer Zeit eine weitergehende Verrechtlichung auch von „Corporate Social Responsibility“. Zu beobachten ist eine Verrechtlichung entsprechender Forderungen, die sich auf die Umwelt, auf soziale Belange, auf gute Unternehmensführung, die Sicherung der Menschenrechte und auf den Kampf gegen Korruption beziehen. Weshalb nur darauf? Dazu gibt es heute eine Vielzahl von internationalen und europäischen Kodizes, Compacts usw, die einen globalen Ordnungsrahmen geschaffen haben. Hinzu kommen punktuell oder auch schon breitflächig europäische und nationale gesetzliche Regelungen, die sich aus der Idee von „Corporate Social Responsibility“ ableiten lassen. Die Anregungen hierzu kommen aus philosophisch-akademischen Seminaren, sie kommen von Kirchentagen, von täglichen Erfahrungen in den Unternehmen, von Gewerkschaften, Lobby Gruppen und aus den Studierstübchen von Ethikern, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern. „Corporate Social Responsibility“ war zunächst ein Lieblingsthema, nicht nur in akademischen Seminaren, sondern auch bei Tagungen im Rahmen des Konferenz-Tourismus. Es wurde zum Marketinginstrument für Unternehmen, nicht zuletzt für Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, die eine Nachfrage durch ihre Kunden bedienen mussten. Und es wurde ein Marketinginstrument für Investmentgesellschaften, die mit nachhaltigen Investments für ihre Fonds warben. Solche Beispiele stehen für viele. Gefragt wurde und wird nach den potential „Business Benefits“.

4. „Corporate Social Responsibility“ ist heute aber nicht nur ein Schlüsselbegriff der Unternehmensethik geworden, sondern ist auch eine Leitidee, die den Gesetzgeber und den Rechtsanwender herausfordert zu versuchen, Ordnung in die disparaten rechtspolitischen Forderungen zu bringen. Dabei sind die Grundlagen nicht neu. Aufgabe einer Veröffentlichung zu „Corporate Social Responsibility“ ist es aber, zu zeigen, welche Folgen eine Verrechtlichung hat: Welche Rechtspflichten ergeben sich aus „Corporate Social Responsibility“ für die Unternehmen, für die unternehmensinterne Organisation, in der Liefer- und Finanzierungskette sowie im Verhältnis zu den Abnehmern, zu den Beratern und

zu den sonstigen Vertragspartnern? Handelt es sich um gewerberechtliche Pflichten oder gesellschaftsrechtliche Pflichten der Unternehmen im Verhältnis zu den Gesellschaftern und zu Dritten? Geht es um Pflichten für die Mitglieder des Managements im Verhältnis zu ihrer eigenen Gesellschaft oder zu Dritten? Geht es nur um Berichtspflichten? Oder drohen strafrechtliche Sanktionen bei Verletzung entsprechender Pflichten? Muss die Holding im Konzern für Rechtsverletzungen ihrer Konzernunternehmen einstehen, für Pflichtverletzungen der Organmitglieder und der Arbeitnehmer der Tochtergesellschaften, für Pflichtverletzungen ihrer Zulieferer und Abnehmer, der Kreditgeber und der Berater unabhängig davon, ob sie ihren Sitz im Inland oder Ausland haben? Und vor allem: was soll der Inhalt dieser Pflichten sein? Gibt es für den Steuerbürger im Verhältnis zum Staat ein Grundrecht auf angemessene Besteuerung? Gibt es ein Menschenrecht auch für „starke Schultern“? Gibt es einen weltweit anwendbaren Pflichtenkatalog? Oder ist der Inhalt der Pflichten regional zu bestimmen? Eine Veröffentlichung zu „Corporate Social Responsibility“ versucht, Antworten hierauf zu geben.

5. Das alles ist für die Unternehmen verknüpft mit „Compliance“, nämlich der Legalitätspflicht des Managements und den Pflichten, das Unternehmen entsprechend zu organisieren. War „Corporate Social Responsibility“ ein Thema für „Compliance“, solange sich die Verantwortung nur aus rechtlich unverbindlichen Erwartungen ergab? Und hat sich das mit der Verrechtlichung von „Corporate Social Responsibility“ geändert?

6. Auch dieses Buch lebt von seinen fleißigen Autoren und einem klugen Herausgeber. Sie haben unterschiedliche Vorstellungen und Erfahrungen. Das führt zu kleinen Überschneidungen und gelegentlich unterschiedlichen Sichtweisen. Das ist gut so, verlangt die Toleranz des Lesers und Verständnis für die Überlegungen. Sie sind ein Gewinn für das Gesamtwerk.

7. Aufgabe einer Veröffentlichung hierzu ist es, die Diskussion zu „Corporate Social Responsibility“ und „Compliance“ herauszufordern und Antworten zu geben. Das wünscht man sich.

Mainz/Frankfurt am Main, im Oktober 2020

Uwe H. Schneider

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Heribert M. Anzinger

o. Professor, Institut für Rechnungswesen und Wirtschaftsprüfung, Universität Ulm

Carsten Beisheim

Rechtsanwalt, Leiter Zentralbereich Recht, Compliance und Datenschutz, Wilh. Werhahn KG, Neuss

Prof. Dr. Axel Birk

Professor für Bürgerliches Recht, Wirtschafts- und Medienrecht sowie Wirtschaftsethik, Hochschule Heilbronn

Dr. Tobias Brouwer

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Leiter Bereich Recht und Steuern und Compliance-Beauftragter, Verband der Chemischen Industrie (VCI) e.V., Frankfurt a.M.

Prof. Dr. Ulrich Burgard

o. Professor, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg

Dr. Sibylle von Coelln

Rechtsanwältin, HEUKING · VON COELLN Rechtsanwälte PartG mbB, Düsseldorf

Jan-Michael Dierkes

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), K+S Aktiengesellschaft, Kassel

Juliane Dopychai

Richterin, Land Nordrhein-Westfalen – Landgericht Essen

Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt, LL.M., M.A.

o. Professor, Universität Rostock

RA Dr. Ernst Thomas Emde

Rechtsanwalt, Geschäftsführender Gesellschafter, Lüdicke & Kollegen
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Düsseldorf

Bernhard Grünauer

Nachhaltigkeitsexperte im Bereich Sustainability & Climate der E.ON SE, Essen

Prof. Dr. Julia Hartmann

o. Professorin, EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden

Dr. Carsten Heimann, Ass. iur.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg

Christian Heuking

Rechtsanwalt, HEUKING · VON COELLN Rechtsanwälte PartG mbB, Düsseldorf

Prof. Dr. Daniel Klocke, LL.M. oec.

o. Professor, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht und Rechtstheorie, EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden

Susanne Kolb

Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin, Deloitte GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Daniel Kronen

Senior Legal Counsel Human Rights, Siemens AG, München

Rebecca Kube

Professional im Bereich Sustainability Assurance, Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Dipl.-Kfm. Georg Lanfermann

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin

Dr. Daniel Thomas Laumann

Rechtsanwalt (Syndikusrechtsanwalt), Wintershall Dea GmbH, Kassel

Prof. Dr. Sebastian Mock, LL.M. (NYU)

o. Professor, Lehrstuhl für Unternehmens- und Insolvenzrecht, Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Guido Neubeck

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Deloitte GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Prof. Dr. Michael Nietsch

o. Professor, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Unternehmensrecht und Kapitalmarktrecht,
EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden

Theresa Rath, Ass. jur.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Rostock

Dr. Osman Sacarcelik, M.A.

Rechtsanwalt, Deloitte Legal, Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Frankfurt a. M.

Dr. Anita Schieffer

Rechtsanwältin und Syndikusrechtsanwältin, Chief Compliance Officer Siemens Energy AG, München

Dr. Matthias Schmidt

Steuerberater, Business Assurance – Sustainability, Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Dr. habil. Birgit Spießhofer M.C.J. (New York Univ.)

Rechtsanwältin, Of Counsel, Dentons, Berlin

Michael Wiedmann

Rechtsanwalt, Maître en droit, Essen

Christina Wolfgramm

Rechtsanwältin, Head of Compliance Legal Frame, Siemens AG, München

Prof. Dr. David Wuttke

Assistant Professor, Technische Universität München, TUM School of Management,
TUM Campus Heilbronn, Heilbronn

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Abkürzungen	XXXI
Verzeichnis der (abgekürzt) zitierten Literatur	XLIII

Einleitung (*Nietsch*)

A. Bedeutungszuwachs von Corporate Social Responsibility	1
I. Die Auswirkungen unternehmerischen Handelns im Blick	1
II. Ursachen der Entwicklung	2
B. Nachhaltigkeitsrecht und globale Krisen – die perspektivischen Auswirkungen der Covid 19-Pandemie	4
I. Belastungsfaktoren für Transformationsprozesse	4
II. Nachhaltigkeitsverstärkende Einflüsse	5
C. Verrechtlichung unternehmerischen Verhaltens	6
D. Regelungs- und Handlungsbedarf	8

§ 1. Grundlagen unternehmerischer Sozialverantwortung (*Nietsch*)

A. Zentrale Begrifflichkeiten und Zielsetzungen	12
I. Nachhaltigkeit (Sustainability)	13
II. Environmental, Social, Governance (ESG) und Sustainable Development Goals (SDG)	16
III. Corporate Social Responsibility	18
1. Begriffliche Eingrenzung	18
2. Ursachen und regulatorische Zielsetzungen	20
3. Postwachstumsökonomik, Institutionenökonomik und Kritik am Neoliberalismus	21
4. Internalisierung von Kosten	22
B. Sozialverantwortung im Unternehmensrecht	24
I. Normativer Gehalt	24
1. Recht, Moral oder Gesinnungsethik?	24
2. Ethische Güterlehre	26
3. Menschenrechte als unternehmensethisches Axiom und Vorrangregel?	28
II. CSR und aktienrechtliches Gemeinwohlpostulat	29
1. Historische Entwicklungslinien und aktuelle Entwicklungen	29
2. Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit CSR	31
III. Bedeutung als Unternehmenszielbestimmung	32
1. Veränderter Geltungsanspruch der Gemeinwohlorientierung	32
2. Gründe für die Indienstnahme von Unternehmen für CSR-Belange	33
a) Spezifische Herausforderungen	33
b) Unternehmensseitige Wirkungsfaktoren	35
IV. Umgang mit Zielkonflikten	36
1. Ausgangslage	36
2. Keine Vorrangregel	37
C. CSR im Mehrebenensystem des Nachhaltigkeitsrechts	37
I. Regelungsbedarf zur Flankierung von CSR	37

II. Nachhaltigkeitsbezogene Regelungsebenen	38
1. Transnationale Rahmenwerke (Soft Law)	38
2. Völkerrecht	40
3. Recht der Europäischen Union	41
a) Verpflichtung auf Nachhaltigkeitspolitik und daraus abgeleitete weitere Zielsetzungen	41
b) Nachhaltigkeitsbezogene Regelungsprinzipien im Überblick	42
4. Grundgesetz und Landesverfassungen	44
5. Planungsrecht, Ordnungsrecht und Informationspflichten	46
6. Regulierungsrecht	48
7. Wirtschaftliche Anreizsteuerung	50
a) Umweltabgaben	50
b) Zertifikatehandel	52
c) Umweltsubventionen, Entschädigungsrecht und Ausgleichsmodelle	53
8. Verfahrens- und Durchsetzungsebene	54
D. CSR und Compliance	54
I. Gemeinsame Schnittmenge	55
1. Legalitätspflicht	55
2. Interne Richtlinien	55
3. Methodische Parallelen	56
4. Compliance nur Mindeststandard?	57
II. Verbleibende Selbstverantwortung	57
1. Eigenes Wertesystem	57
2. Einzelne Verantwortungsbereiche	58
III. Haftungsrisiken durch Compliance?	58
E. Zusammenfassung	59
§ 2. Globaler Ordnungsrahmen für CSR (Spießhofer)	
A. Einführung	62
B. Globaler Ordnungsrahmen für CSR	63
I. Grundlinien	63
II. Normative Vorgaben	65
1. Vereinte Nationen	65
a) UN Global Compact	65
b) UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	66
c) Initiative für einen völkerrechtlichen Vertrag	69
d) Sustainable Development Goals (SDG)	69
e) Pariser Übereinkommen zum Klimaschutz	70
2. Organisation for Economic Cooperation and Development	70
a) Leitsätze für Multinationale Unternehmen	70
b) Das OECD-CSR-System	71
3. International Organisation for Standardization (ISO)	72
a) ISO 26000:2010 Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung	72
b) Das ISO-CSR-System	73
4. Europäische CSR-Vorgaben	73
5. Nationale Gesetzgebung	74
6. Sektoren-, themen- und instrumentenspezifische CSR-Ansätze	75
7. Verknüpfungen zum System („Smart mix“)	76
III. Herausforderungen und Dilemmata	77
1. Universalität oder kulturspezifische Herausforderungen (Beispiel China)	77

2. Wertschöpfungsketten	77
3. Haftung – zwischen Skylla und Charybdis	78
4. Compliance oder Entwicklungshilfe?	79
C. Zusammenfassung und Ausblick	79

§ 3. Überblick der gesetzlichen Regelungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung *(Beisheim/Dopychai)*

A. Ziel und Zweck	83
B. Berichtspflichtige Unternehmen (§ 289b HGB)	85
I. Direkter Anwendungskreis	85
1. Grundsatz (§ 289b Abs. 1 HGB)	85
2. Konzerne (§ 315b Abs. 1 HGB)	87
3. Befreiung von der Berichtspflicht (§ 289b Abs. 2 HGB)	88
II. Mittelbarer Anwendungskreis	89
C. Zuständigkeit für die Berichterstattung	89
D. Varianten der CSR-Berichterstattung	90
E. Grundlegende inhaltliche Anforderungen der CSR-Berichterstattung	92
I. Beschreibung des Geschäftsmodells (§ 289c Abs. 1 HGB)	93
II. CSR-Aspekte (§ 289c Abs. 2 HGB)	93
III. Angaben zu den CSR-Aspekten (§ 289c Abs. 3 HGB)	95
1. Konzeptbeschreibung	95
2. Risiko und Wesentlichkeitsvorbehalt	96
3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sowie Hinweise auf und Erläuterungen zu Beträgen im Jahresabschluss	100
IV. Comply or Explain (§ 289c Abs. 4 HGB)	100
V. Weglassen nachteiliger Angaben (§ 289e HGB)	101
F. Verwendung von Rahmenwerken (§ 289d HGB)	102
G. Prüfung der CSR-Berichterstattung	103
I. Externe Prüfung	103
1. Obligatorische formelle Prüfung durch den Abschlussprüfer	103
2. Fakultative inhaltliche Prüfung	105
II. Interne Prüfung durch den Aufsichtsrat	106
H. Sanktionen	107
I. Bilanzielles Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	107
II. Zivilrechtliche Haftung	108
I. Fazit und Ausblick	109

§ 4. Umweltbelange *(Ekardt/Rath)*

A. Einleitung	112
B. Grundprobleme zivilrechtlicher und informationeller Nachhaltigkeitsanforderungen	112
C. Regelungsgehalt des § 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB	117
I. Wortlaut	117
II. Weitergehende Ausführungen	117
III. Mindestangaben	118
IV. Aspekt- und Sachverhaltsebene	118

D. Anforderungen an die Berichttiefe	118
I. Gesetzliche Anforderungen	118
II. Die EU-Leitlinien für die Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen	119
1. Bezugnahme auf TCFD-Empfehlungen in ursprünglichen Leitlinien	119
2. Überarbeitung der Leitlinien als Teil des Aktionsplans zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums	120
a) Klimabezogene Risiken	121
b) Nachhaltigkeit als Chance	121
c) Aufbau und Inhalt des Berichts	121
III. Berichterstattung im Vergleich	122
E. Die grüne Taxonomie	123
I. Der Bericht der Technical Expert Group	123
II. Die Verordnung	123
III. Umweltbelange und die Offenlegungsverordnung der EU	124
IV. Bezug zu § 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB	124
F. Niederschlag von Klimathemen in Berichten nach § 289c Abs. 2 Nr. 1 HGB	125
G. Weitere Berichtspflichten	126
I. § 3 11. BImSchV iVm § 27 BImSchG	126
II. Weitere Berichtspflichten	126
III. Verhältnis der Vorschriften zueinander	127
H. Fazit	127

§ 5. Die Arbeitnehmerbelange (Klocke)

A. Die Bedeutung der Arbeitnehmerbelange für das Unternehmen	130
B. Die Praxis der nichtfinanziellen Erklärung über Arbeitnehmerbelange	131
C. Die Reichweite des Begriffs der Arbeitnehmerbelange	131
I. Der Arbeitnehmerbegriff	132
II. Das Regelungssystem von § 289c Abs. 2 und 3 HGB	132
III. Die historische Interpretation	132
IV. Die Aussagen der RL 2014/95/EU	133
V. Die Leitlinien der Kommission von 2017	133
VI. Zwischenergebnis	134
D. Die nationalen und internationalen Rahmenwerke	135
I. Die IAO-Kernarbeitsnormen und der <i>Global Compact</i>	135
1. Die Vereinigungsfreiheit (Übereinkommen 87 und 98)	135
2. Die Zwangsarbeit (Übereinkommen 29 und 105)	136
3. Kinderarbeit (Übereinkommen 138 und 182)	136
4. Diskriminierung (Übereinkommen 100 und 111)	137
II. Die Aussagen der dreigliedrigen Grundsatzklärung der IAO	137
1. Beschäftigung (Nr. 13–28 Grundsatzklärung)	138
2. Ausbildung (Nr. 29–32 Grundsatzklärung)	138
3. Arbeits- und Lebensbedingungen (Nr. 33–40 Grundsatzklärung)	138
4. Arbeitsbeziehungen (Nr. 41–59 Grundsatzklärung)	138
III. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex	139
IV. Die Global Reporting Initiative (GRI)	139
E. Die Ermittlung von Arbeitnehmerbelangen im Betrieb	140
I. Die Beteiligung des Wirtschaftsausschusses	140

II. Die Beteiligung des Betriebsrats	141
F. Schlussbetrachtung	142
§ 6. Sozialbelange (<i>Burgard/Heimann</i>)	
A. Begriff der Sozialbelange (§ 289c Abs. 2 Nr. 3 HGB)	144
I. Begründung des nationalen Gesetzgebers	144
II. Leitlinien der Kommission	144
III. Rahmenwerke	145
IV. Praxis	147
V. Zusammenschau	147
B. Angaben zu Sozialbelangen gem. § 289c Abs. 3 HGB	148
I. Die Wesentlichkeitsschwelle des § 289c Abs. 3 Hs. 1 HGB	148
II. Die Angaben nach § 289c Abs. 3 Hs. 2 HGB	150
1. Konzepte und Due-Diligence-Prozesse (§ 289c Abs. 3 Hs. 2 Nr. 1 HGB)	150
a) Grundlagen	150
b) Beispiele	151
2. Konzeptergebnisse (§ 289c Abs. 3 Hs. 2 Nr. 2 HGB)	151
a) Grundlagen	151
b) Beispiele	152
3. Keine Konzepte (§ 289c Abs. 4 HGB)	152
4. Wesentliche Risiken aus eigener Geschäftstätigkeit (§ 289c Abs. 3 Hs. 2 Nr. 3 HGB)	153
5. Risiken aus Geschäftsbeziehungen (§ 289c Abs. 3 Hs. 2 Nr. 4 HGB)	153
6. Wichtigste nichtfinanzielle Leistungsindikatoren (§ 289c Abs. 3 Hs. 2 Nr. 5 HGB)	155
7. Angabe von Einzelbeträgen (§ 289c Abs. 3 Hs. 2 Nr. 6 HGB)	156
C. Berichtsformat, Nutzung von Rahmenwerken (§ 289b Abs. 3 HGB, § 289d HGB)	156
D. Weglassen nachteiliger Angaben (§ 289e HGB)	156
E. Befreiung von Tochterunternehmen, nichtfinanzielle Konzernklärung (§ 289b Abs. 2 HGB, § 315b f. HGB)	157
F. Angaben zu Sozialbelangen gem. § 289 Abs. 3 HGB, § 315 Abs. 3 HGB	158
G. Freiwillige Berichterstattung über Unwesentliches	159
H. Ausblick	160
§ 7. Menschenrechte im Unternehmensbereich (<i>Nietsch</i>)	
A. Einführung	162
B. Regelungsgrundlagen und -prinzipien unternehmensrechtlicher Menschenrechtsverantwortung	164
I. Gesetzliche Regelungen mit Schutzpflichtcharakter	164
II. Schutzspezifische Regelungen in anderen Rechtsordnungen	166
III. Hauptrahmenwerke	168
1. UN Guiding Principles on Business and Human Rights	169
2. OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen	171
3. Nationale Aktionspläne und EU-Initiative	172

C. Sachlicher Anwendungsbereich menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten	173
I. Auswirkungen inländischer Wirtschaftsaktivitäten	173
II. Konzernstrukturen	174
1. Unternehmensanknüpfung vs. Rechtsträgerprinzip	174
2. Bestimmender Einfluss als pflichtenbegründender Tatbestand	175
3. Ausländische Rechtsprechungs- und Rechtsentwicklung	176
a) Großbritannien	176
b) Frankreich	177
4. Differenzierung nach Berichts- und Sorgfaltspflichten	178
5. Keine Vermutung bestimmenden Einflusses	179
III. Vertragliche Beziehungen in internationalen Lieferketten	180
1. Bedeutung im transnationalen Wirtschaftsverkehr	180
2. Grundlagen vertragsübergreifender Lieferkettenverantwortung	180
3. Problembewertung	181
D. Menschenrechtsverständnis	183
I. Universelles Verständnis der UNGP	183
II. Grenzen einheitlicher Betrachtung	184
III. Horizontale Wirkung von Völkerrecht und Grundrechten?	185
1. Ausgangslage	185
2. Tendenzen zur unmittelbaren Geltung im Privatrechtsverhältnis	185
3. Folgerungen für Menschenrechts- und Rechtsgüterschutz	186
IV. Wegweiser im Rahmen sozialverantwortlicher Konzeptgestaltung	187
1. Orientierungspunkte für Mitwirkung an staatlichem Handeln	188
2. Leitbild für Sozialverantwortung und Konzepte	188
3. Zusammenfassendes Fazit	189
E. Verfahrens- und Sorgfaltspflichten im Risikomanagement	190
I. Nachteilige Auswirkungen als Ausgangspunkt der Gefahrenanalyse	190
1. Direkte Wirkungszusammenhänge (Cause oder Contribute)	190
2. Indirekte Beeinträchtigungen (Directly Linked)	191
3. Risikobasierter Ansatz und Risikogewichtung	191
II. Anzustrebende Sorgfaltspflichten	192
III. Abhilfe- und Ausgleichsmaßnahmen	194
IV. Aktueller Praxisbefund (Best Practice-Überblick)	194
F. Haftung für Menschenrechtsverletzungen	196
I. Internationale Zuständigkeit	196
II. Anwendbares Recht	198
1. Vertragsstatut	198
2. Deliktsstatut	198
3. Bewertung	200
III. Materielle Verkehrssicherungspflichten <i>de lege ferenda</i>	201
1. Meinungsstand	201
2. Bewertung	202
G. Zusammenfassung und Ausblick	204

§ 8. Bekämpfung von Korruption und Bestechung (§ 289c Abs. 2 Nr. 5 HGB) (Schieffer)

A. Problemaufriss – Die Bekämpfung von Korruption und Bestechung im Gefüge der CSR-Berichtspflichten	207
I. Korruption und Bestechung als Aspekt der CSR-Berichtspflicht	207

II. Das Verhältnis von Compliance-Verantwortung und Corporate Social Responsibility	208
1. Die Compliance-Verantwortung von Unternehmen	209
2. Weitergehende CSR-Verantwortung?	210
B. Inhalt und Umfang der Berichterstattung zur Bekämpfung von Korruption und Bestechung	211
I. Anwendungsbereich	211
II. Inhalte der Berichtspflicht	212
1. Gesetzliche Rahmenbedingungen	212
2. Leitlinien der Europäischen Kommission	214
3. Orientierung an Rahmenwerken	214
4. Comply or Explain	215
5. Inhaltliche Ausnahmen (§ 289e HGB iVm § 315b Abs. 3 HGB)	215
III. Form der Darstellung	216
IV. Praktische Umsetzung der Berichterstattung anhand der Elemente eines Compliance Management Systems	217
1. Compliance-Organisation	217
2. Prevent	217
a) Risikoanalyse	217
b) Tone from Top, Verhaltenskodex und Compliance-Regelwerk	218
c) Due Diligence Konzepte und ihre Ergebnisse	219
d) Trainingsmaßnahmen	220
3. Detect	220
a) Whistleblowing-Systeme	220
b) Interne Untersuchungen	221
c) Kontrollverfahren und Audits	221
4. Respond	222
5. Kontinuierliche Überprüfung des Systems	222
6. Collective Action	222
V. Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung	223
VI. Haftungsrisiken	223
C. Zusammenfassung und Ausblick	223
§ 9. Nichtfinanzielle Risiken: Berichterstattung und Integration in das Risikomanagementsystem <i>(Schmidt/Kube)</i>	
A. Nachhaltigkeit als Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	225
B. Konkrete handelsrechtliche Berichtspflichten zur Risikoberichterstattung	228
C. Integration von Nachhaltigkeit ins Risikomanagementsystem	230
I. Überblick	230
II. Risikomanagementsysteme allgemein	230
1. Governance und Unternehmenskultur	231
2. Strategie und Zielvorgaben	232
3. Erhebung und Messung	233
III. Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsrisiken in der Corporate Governance	234
D. Fazit: EU-Kommission sieht Überarbeitungsbedarf der CSR-Richtlinie	236

§ 10. Allgemeine Anforderungen an die Gestaltung des Nachhaltigkeitsberichts (Lanfermann)

A. Pflicht oder Kür? – Effektive Nachhaltigkeitskommunikation ist mehr als Compliance	237
B. Gesetzliche Anforderungen an die Gestaltung	239
C. Bisherige Berichtspraxis zur nichtfinanziellen Erklärung	241
D. Praktische Herangehensweise an die Festlegung eines geeigneten Berichtsformates	242
E. Exkurs: Integrierte Berichterstattung	245
F. Ausblick: Überarbeitung der CSR-Richtlinie, stärkere Verortung im Lagebericht und Digitalisierung nichtfinanzieller Informationen	246

§ 11. Verwendung von Rahmenwerken nach § 289d HGB sowie der Leitlinien der EU-Kommission (Lanfermann)

A. Bedeutung von freiwilligen Rahmenwerken zur Bestimmung von Berichtsinhalten	249
B. Nutzung von Rahmenwerken zur Erfüllung der Berichtsanforderungen nach § 289d HGB	252
I. Nutzung von Rahmenwerken als gesetzlich fingierter Regelfall	252
II. Standards der Global Reporting Initiative (GRI)	253
III. Inhaltliche Vorgaben des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes (DNK)	255
IV. Strukturierung der Unternehmensberichte nach eigenen Vorstellungen	255
V. Bestimmung der Wesentlichkeit im Spannungsfeld zwischen HGB und Rahmenwerken	256
C. EU-Leitlinien als weitere Orientierungshilfe zur Erfüllung gesetzlicher Berichtspflichten	257
I. Unverbindliche EU-Leitlinien als Mindeststandard mit selektiver Referenzierung zu Rahmenwerken	257
II. Allgemeine Berichtsgrundsätze der EU-Leitlinien	258
III. Konkretisierung einzelner Berichtsaspekte durch die EU-Leitlinie	259
IV. Lieferkette und Konfliktminerale als neue europäische Berichtsthemen	260
D. Ergänzende EU-Leitlinie aus 2019 zur Berücksichtigung von TCFD-Empfehlungen	261
E. Ausblick: Vom individuellen Rahmenwerk zu einheitlicherer Standardsetzung	263

§ 12. Taxonomie (Lanfermann)

A. EU-Taxonomie als gesetzlich normiertes Klassifizierungssystem für grüne Aktivitäten	267
B. Regelungsinhalte der EU-Taxonomie-Verordnung	268
I. Regelungscharakter und Funktionsweise der EU-Taxonomie	268
II. Nachhaltige ökonomische Aktivität nach der EU-Taxonomie-Verordnung	269
III. Delegierte Rechtsakte zur Festlegung von technischen Prüfkriterien	271
C. Empfehlungen des Schlussberichtes der TEG von März 2020	272

D. Anforderungen an Unternehmen zur Berichterstattung über grüne Aktivitäten nach der EU-Taxonomie-Verordnung	273
I. Berichterstattung in der nichtfinanziellen Erklärung	273
II. Bedeutung der Unternehmensangaben für Offenlegungen zu Finanzprodukten	275
E. Ausblick: EU-Taxonomie im Konzert der EU-Aktivitäten zur Standardisierung von Nachhaltigkeitsinformationen	276
§ 13. Pflichten von Vorstand und Aufsichtsrat <i>(Burgard)</i>	
A. Vorbemerkung	280
B. CSR-Chancen und -Risiken	281
C. Pflichten des Vorstands	282
I. Leitungspflicht	282
II. Planungspflicht	284
III. Legalitätspflicht, Compliance	285
1. Überschneidungen mit CSR	285
2. Reichweite	286
IV. Risikomanagement	287
V. Berichtspflichten	287
1. Berichtspflichten gegenüber Aufsichtsrat und Hauptversammlung	287
2. CSR-Berichtspflichten	288
a) Verhältnis zwischen § 289 Abs. 3 HGB, § 315 Abs. 3 HGB und §§ 289b ff., 315b f. HGB	288
b) Risikobegriff	290
VI. Reputationsmanagement	291
1. Grundlagen	291
2. Pflichten des Vorstandes	292
3. CSR-Belange	293
VII. Informationsmanagement	294
VIII. Vertragsmanagement	295
IX. Implementierung von Standards, Durchführung von Schulungen und Kontrollen, Durchsetzung	297
X. Organisationsmanagement	297
XI. Zusammenfassung	297
D. Pflichten des Aufsichtsrats	298
I. Bestellung der Vorstandsmitglieder	298
II. Anstellungsvertrag, Vergütung	298
III. Überwachung der Geschäftsführung	300
1. Allgemeines	300
2. Berichts- und Auskunftsverlangen	300
3. Zustimmungsvorbehalte	301
4. Geschäftsordnung des Vorstands	302
5. Einrichtung eines Aufsichtsratsausschusses	303
IV. Vorschläge zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern	303
V. Prüfung des Jahresabschlusses	304
1. Allgemeines	304
2. Prüfung der CSR-Berichterstattung nach § 289 Abs. 3 HGB, § 315 Abs. 3 HGB	304
3. Prüfung der CSR-Berichterstattung nach §§ 289b ff., 315b f. HGB	304
VI. Abberufung von Vorstandsmitgliedern	307

VII. Zusammenfassung	308
§ 14. Prüfung des Nachhaltigkeitsberichts (Kolb/Neubeck)	
A. Einführung	310
B. Prüfung im Rahmen der Abschlussprüfung	310
I. Gegenstand und Umfang der Prüfung der nichtfinanziellen Berichterstattung	310
II. Prüfung in Abhängigkeit von der Darstellungsvariante	311
1. Vorbemerkung	311
2. Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung	312
a) Vorbemerkung	312
b) Besonderer Abschnitt im Lagebericht	313
c) Vollintegration in den Lagebericht	313
3. Prüfung des nichtfinanziellen Berichts	314
a) Vorbemerkung	314
b) Offenlegung im Bundesanzeiger	314
c) Veröffentlichung im Internet	315
d) Unzulässige Inanspruchnahme der Befreiungsvorschrift nach § 289b Abs. 3 S. 1 HGB	316
III. Prüferischer Umgang mit Sonstigen Informationen nach ISA [DE] 720	317
1. Einordnung der nichtfinanziellen Berichterstattung als „Sonstige Information“	317
2. Lesen und Würdigen als Prüfungshandlung	317
IV. Berichterstattung im Bestätigungsvermerk	318
C. Prüfung außerhalb der Abschlussprüfung	319
I. Vorbemerkung	319
II. Assurance Engagements nach ISAE 3000 (rev.)	320
1. Grundlagen	320
2. Kriterien als Grundvoraussetzung für eine Prüfung	322
3. Besonderheiten bei der CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz-Prüfung	323
a) Gegenstand und Umfang der Prüfung	323
b) Prüfung von Konzepten	325
c) Prüfung der Ausgewogenheit der Darstellung	326
d) Prüfung Vollständigkeit der Risiken	327
e) Prüfung von Leistungsindikatoren	328
f) Prüfung von nichtfinanziellen Konzernberichterstattungen	329
4. Prüfungsurteil/Berichterstattung	329
III. Ausgewählte andere Auftragsarten	330
1. Prüfung von Greenhouse Gas Statements nach ISAE 3410	330
2. Vereinbarte Untersuchungshandlungen nach ISRS 4400 (Revised)	330
IV. Veröffentlichung des Prüfungsurteils	331
§ 15. Sanktionierung von Verstößen nach Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht (Heuking/von Coelln)	
A. Strafrecht im Zusammenhang mit CSR-Berichtspflichten	334
I. Sanktionensystem	334
II. Die Bedeutung der Unterscheidung zwischen Ordnungswidrigkeit und Straftat	335
III. Verfassungsrechtliche Beurteilung zu § 331 HGB	336
1. Bestimmtheit	336
2. Verhältnismäßigkeit	336

B. Straftaten des § 331 HGB im Zusammenhang mit CSR	337
I. Tatmittel	338
II. Darzustellende Verhältnisse der Gesellschaft – Bezugspunkt der Tathandlung	338
III. Tathandlungen	339
1. Unrichtige Wiedergabe	339
2. Verschleierung	340
3. Tun oder Unterlassen	340
IV. Erheblichkeit	341
1. Strafwürdigkeit nur „erheblicher“ Pflichtverstöße	341
2. Konkretisierung der Erheblichkeit im Hinblick auf CSR-Aspekte	342
a) Inhaltliche Konkretisierung – wirtschaftliche Relevanz	342
b) Geschützter Personenkreis	344
c) Fazit	344
V. Vollendung	344
VI. Taugliche Täter	345
1. Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs	345
2. Mitglieder des Aufsichtsrats einer Kapitalgesellschaft	345
3. Faktische Organmitglieder und Strohleute	346
4. Sonstige Personen	346
VII. Vorsatz	347
VIII. Verfolgungsverjährung	347
IX. Strafbarkeit bei mehrgliedrigen Organen	348
X. Überblick über die strafrechtlichen Folgen für Einzelpersonen	348
C. Ordnungswidrigkeiten des § 334 HGB bei Verstoß gegen CSR-Berichtspflichten	349
I. Täterschaft	350
II. Subjektive Voraussetzungen	351
III. Bußgeldhöhe	351
IV. Verfolgungsverjährung	352
D. Sanktionen gegen das Unternehmen	352
I. Sanktionsmöglichkeiten de lege lata	352
1. Voraussetzungen des Unternehmensbußgelds	352
2. Bußgeldhöhe	352
3. Bußgeldentscheidung	353
4. Verfahrensrechtliches	353
II. Sanktionsmöglichkeiten de lege ferenda	354
1. Materiellrechtliche Änderungen	354
2. Prozessuale Änderungen	355
3. Verhältnis zum Ordnungswidrigkeitenrecht	355
E. Verfolgungspraxis und Verteidigung	355
I. Kriminalpolitische Bedeutung	355
II. Ermittlungsverfahren	356
III. Prävention durch adäquate Compliance-Maßnahmen	356
IV. Korrektur des Berichts durch das Unternehmen selbst	357
V. Verteidigung	357
1. Strafverfahren	357
2. Bußgeldverfahren	358
F. Fazit	358

§ 16. Aktienrechtliche Folgen von Berichtspflichtverletzungen (*Mock*)

A. Einleitung	360
B. Auswirkungen auf die Unternehmensabschlüsse	360
C. Auswirkungen für den Vorstand	361
I. Abberufung	361
II. Haftung	361
1. Innenhaftung (§ 93 Abs. 2 AktG)	361
2. (Außen-)Haftung (Kapitalmarktinformationshaftung)	362
III. Vergütung	363
D. Auswirkungen für den Aufsichtsrat	363
I. (Keine) Durchsetzung ordnungsgemäßer Berichterstattung	363
II. Abberufung	364
III. Haftung	364
E. Folgen für die Hauptversammlung	365
I. Durchsetzung ordnungsgemäßer Berichterstattung	365
II. Beschlussmängelrecht	365
1. Nichtigkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen	365
2. Anfechtbarkeit von Hauptversammlungsbeschlüssen	365
III. Einleitung einer Sonderprüfung	367
F. Aktionärsrechte	367
I. (Keine) Durchsetzung berichtskonformen Handelns	367
II. Beschlussmängelklagen gegen die Feststellung oder Billigung der Unternehmensabschlüsse	368
1. Feststellung des Jahresabschlusses	368
a) Nichtigkeitsklage gegen den Feststellungsbeschluss	368
b) Anfechtungsklage gegen den Feststellungsbeschluss	369
2. Konzernabschluss	369
3. (Unterjährige) Finanzberichte	369
III. Einleitung einer Sonderprüfung	369
IV. Bestellung von besonderen Vertretern (§ 147 Abs. 2 AktG) und Einleitung eines Klagezulassungsverfahrens (§ 148 AktG)	370
G. Fazit	370

§ 17. Nachhaltigkeitsverlautbarungen und Wettbewerbsrecht (*Birk*)

A. Nachhaltigkeitsverlautbarungen	372
B. Nachhaltigkeitsberichterstattung	372
I. Ausgangsfrage	372
II. Der Anwendungsbereich des UWG	373
1. Der Begriff der „geschäftlichen Handlung“	373
2. Verbraucherschutz: Richtlinienkonforme Auslegung	374
a) Marktbezug	374
b) Zweckrichtung	375
c) Eine Kommunikation – mehrere Zwecke	375
3. Schutz der Mitbewerber und sonstigen Marktteilnehmer	377
a) Marktbezug	377
b) Zielrichtung Gütermärkte	377
c) Zielrichtung Kapitalmärkte	379
4. Fazit	380

III. Rechtsbruch gemäß § 3a UWG	380
1. Marktverhaltensregel	380
2. Konkurrenzen	382
IV. Irreführung gemäß §§ 5, 5a UWG	382
1. Fehlende Offenlegung	382
2. Unvollständige oder fehlerhafte Offenlegung	382
a) Adressaten	383
b) Nachweis unrichtiger Rechnungslegung	383
C. Unternehmerische Selbstverpflichtungen	384
I. Geschäftliche Handlung	384
II. Rechtsbruch nach § 3a UWG	385
III. Irreführung nach § 5 UWG	385
1. Verstoß gegen einen Verhaltenskodex	385
a) Begriff „Verhaltenskodex“	385
b) Sind CSR-Standards Verhaltenskodizes?	386
2. Irreführung über geschäftliche Verhältnisse	387
3. Irreführende Werbung durch fehlende Aufklärung?	388
a) Erläuternde Hinweise	388
b) Fundstellenverweise	389
c) Relevanzkriterium	390
§ 18. Grundlagen Sustainable Finance (Nietsch)	
A. Einführung	392
I. Ziele der Nachhaltigkeitsregulierung im Finanzsektor	393
II. Industriespezifische Anreize zur Befassung mit Nachhaltigkeitsthemen	394
III. Konzeptionelle Regelungsansätze und Maßnahmen im Überblick	395
IV. Herausforderungen der Nachhaltigkeitsregulierung im Finanzwesen	397
B. Programmatische Vorgaben und Rahmenwerke	400
I. Europäische Union	400
1. Aktionsplan Finanzierung nachhaltigen Wachstums	400
2. Nicht bindende Leitlinien der EU-Kommission	401
3. Aktionspläne und Strategien der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (ESAs), Zentralbanken und EZB	402
II. Vereinte Nationen – Principles for Responsible Banking der UNEP FI	403
III. (UN) Principles for Responsible Investment	404
IV. Equator Principles	405
V. OECD-Guidelines for Multinational Enterprises	406
C. Europäischer Regulierungsrahmen im Werden	409
I. Gesetzliche Festlegung von Nachhaltigkeitskonzepten durch die Taxonomie-VO	409
1. Wirtschaftliche Aktivität als Anknüpfungskriterium	409
2. Zugrunde liegendes Nachhaltigkeitsverständnis	410
3. Screening, Pflichtangaben und Konkretisierung der CSR-Berichterstattung	412
II. VO (EU) 2019/2088	413
1. Regelungszweck und Harmonisierungskonzept	413
2. Regelungsadressaten	414
3. Regelungsstruktur	414
4. Nachhaltigkeitskonzeption	415
III. EU-Benchmark-VO	416
1. Regelungszweck	416

2. Betroffene Indizes	417
3. Anforderungen an EU-Referenzwerte	418
D. Fazit und Ausblick	418
§ 19. Nachhaltigkeit im Bankensektor (Sacarcelik)	
A. Einführung	421
B. Regulierung von Nachhaltigkeitsrisiken bei Banken	423
I. Europäischer Regulierungsrahmen	424
1. EU-Kommission Aktionsplan Finanzierung nachhaltigen Wachstums	424
2. CRD V/CRR II	426
3. EBA Aktionsplan	426
4. EZB Leitfaden zu Klima- und Umweltrisiken	427
II. Nationaler Regulierungsrahmen in Deutschland	430
1. Politische Maßnahmen	430
2. BaFin-Merkblatt zum Umgang mit Nachhaltigkeitsrisiken	431
C. Fazit und Ausblick	437
§ 20. Nachhaltigkeitsvorgaben in Bezug auf Finanzanlagen (Emde)	
A. Produkte und Akteure	441
I. Der Begriff der nachhaltigen Finanzanlage	441
1. Finanzanlagen	441
2. Nachhaltigkeit	441
II. Regelungsadressaten	443
1. Anbieter	443
2. Nachfrager	443
3. Vermittler und Berater	444
B. Europarechtliche Rahmenbedingungen für Finanzanlagen sowie deren Anbieter	444
I. Corporate Social Responsibility-Richtlinie (CSR-RL) 2014/95/EU	444
II. Aktionärsrechterichtlinien	445
III. Offenlegungsverordnung und Taxonomieverordnung	445
IV. Benchmark-Verordnung	446
V. Nachhaltigkeit im Bereich der Investmentfonds	446
VI. Nachhaltigkeit in Bezug auf Versicherungsprodukte	446
VII. Nachhaltigkeit in Bezug auf Wertpapierdienstleistungen	447
VIII. Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (EbAV)	447
IX. Das paneuropäische private Pensionsprodukt (PEPP)	447
C. Allgemeine Nachhaltigkeitsvorgaben für Emittenten von Finanzanlagen	448
I. Nachhaltigkeitsvorgaben des geltenden Rechts	448
1. Berichtspflichten der Taxonomie-VO für große kapitalmarktorientierte Unternehmen	448
2. Anforderungen an das Vergütungssystem von börsennotierten Aktiengesellschaften	450
3. Nachhaltigkeitsvorgaben für Emissionsprospekte	450
II. Zukünftige Rechtsentwicklung	451
1. Konkretisierung der Taxonomieverordnung	451
2. Green Bond Standard	451

D. Nachhaltigkeitsvorgaben für Verwalter von Investmentfonds	452
I. Anforderungen an die Mitwirkungspolitik und die Anlagestrategien sowie an die Vergütungspolitik	452
1. Mitwirkungspolitik und Anlagestrategien	452
2. Berichtspflichten nach § 134c Abs. 4 AktG	453
3. Anforderungen an die Vergütungspolitik von börsennotierten Fondsverwaltungsgesellschaften	453
II. Berichtspflichten über nicht-finanzielle Aktivitäten	453
III. Transparenzpflichten nach Offenlegungs-VO und Taxonomie-VO	453
1. Unternehmensbezogene Transparenzpflichten der Offenlegungs-VO	454
a) Transparenz in Bezug auf nachteilige Auswirkungen von Investitionsentscheidungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren	454
b) Vergütungspolitik	455
2. Produktbezogene Offenlegungspflichten	455
a) Fonds ohne Nachhaltigkeitskonzept	455
b) Impact-Fonds	456
c) Sonstige Fonds mit ESG-Orientierung	458
3. Gesamtbild	458
IV. Sonderregelungen für ELTIFs und EUSEFs	458
1. ELTIFs	459
2. EUSEFs	459
V. Zukünftige Rechtsentwicklung	459
1. Level 2-Maßnahmen zur Konkretisierung der Offenlegungs-VO und der Taxonomie-VO	460
a) Offenlegungs-VO	460
b) Taxonomie-VO	460
2. Zukünftige Nachhaltigkeitsanforderungen an OGAW- sowie an AIF-Verwaltungsgesellschaften	460
a) Organisationsanforderungen	461
b) Anlagepolitik	461
c) Risikomanagement	461
VI. Zivilrechtliche Folgen der Verletzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben	461
1. Fehlbeurteilungen von Nachhaltigkeit	462
2. Konflikte zwischen Verwaltungsgesellschaften und Anlegern	462
E. Nachhaltigkeitsvorgaben für Versicherungsunternehmen und in Bezug auf Versicherungsanlageprodukte	463
I. Anforderungen an die Mitwirkungspolitik sowie die Anlagestrategien von Versicherungsunternehmen	463
II. Transparenzpflichten für Versicherungsunternehmen, insbesondere im Hinblick auf Versicherungsanlageprodukte	463
1. Berichtspflichten nach §§ 289c und 315c HGB	463
2. Informationspflichten nach der PRIIP-VO	464
3. Auswirkungen von Offenlegungs-VO und Taxonomie-VO	464
III. Die Nachhaltigkeitsvorgaben des EU-Rechts und die Anlagegrundsätze des VAG	465
IV. Nachhaltigkeit in Solvabilität II	465
V. Nachhaltigkeitsvorgaben im Zusammenhang mit dem Vertrieb von Versicherungsanlageprodukten	466
VI. Zukünftige Rechtsentwicklung	466
F. Nachhaltigkeit in Bezug auf Wertpapierdienstleistungen	467
I. Anforderungen an die Mitwirkungspolitik sowie die Anlagestrategien von Wertpapierdienstleistungsunternehmen	467

II. Offenlegungs- und Berichtspflichten für Wertpapierdienstleistungsunternehmen	467
1. Berichtspflichten nach §§ 289c und 315c HGB	467
2. Informationspflichten nach der PRIIP-VO	468
3. Offenlegungs-VO und Taxonomie-VO	468
III. Organisationsanforderungen	468
IV. Produktbezogene Nachhaltigkeitsanforderungen	469
V. Anlageberatung und Portfolioverwaltung	470
VI. Nachhaltigkeitsanforderungen und Kapitalausstattung	471
G. Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV)	471
H. Das paneuropäische private Pensionsprodukt (PEPP)	472

§ 21. Versicherungswirtschaft *(Beisheim/Dopychai)*

A. Rechtliche Grundlagen	476
I. Berichtspflichtige Versicherungsunternehmen bzw. -konzerne	476
II. Varianten der CSR-Berichterstattung	477
III. Inhaltliche Anforderungen an die CSR-Berichterstattung und Möglichkeit der Nutzung von Rahmenwerken	478
IV. Prüfung der CSR-Berichterstattung	478
V. Sanktionen	478
B. Die Praxis der CSR-Berichterstattung in der Versicherungswirtschaft	479
I. Berichtsformate	479
II. Inhaltliche Ausgestaltung	479
1. Allgemeines	479
2. Wesentlichkeitsanalyse	481
3. Umweltbelange	481
a) Kapitalanlage	481
b) Versicherungsprodukte	482
c) Geschäftsorganisation	483
4. Arbeitnehmerbelange	486
a) Berücksichtigung bei der Kapitalanlage	486
b) Berücksichtigung in der Geschäftsorganisation	486
5. Sozialbelange	490
a) Kapitalanlage	491
b) Versicherungsprodukte	491
6. Achtung der Menschenrechte	494
7. Bekämpfung von Korruption und Bestechung	495
8. Weitere nichtfinanzielle Aspekte	496
III. Interne CSR-Organisation	496
1. Verantwortung des Vorstandes	496
2. CSR-Komitee, -Stabstelle und -Beirat	497
3. Fachabteilungen	498
4. Prüfung	498

§ 22. CSR Compliance im Technologiekonzern *(Kronen/Wolfgramm)*

A. Einführung	499
B. Allgemeine Anforderungen an Compliance Management Systeme	500
C. Korruptionsbekämpfung und Wettbewerbserhalt	502
I. Risikolandschaft	502

II. Rahmenbedingungen im Wandel	504
III. Compliance im Projektgeschäft	505
1. Geschäftsanbahnung	506
2. Angebotsphase	507
3. Projektentwicklung	507
IV. Folgen von Korruption und unfairer Wettbewerb	508
V. Collective Action – gemeinsam handeln	508
1. Integritätspakete	509
2. Branchenspezifische Verhaltenskodizes	509
3. Langzeitinitiativen	510
4. Projektspezifische Compliance-Pakte	510
D. Menschenrechte	513
I. Risikolandschaft	514
II. Regelungslandschaft	515
1. Internationale Leitprinzipien	515
2. EU-Regulierungen	515
3. Nationale Gesetze	516
III. Unternehmerische Verantwortung	517
1. Verantwortungsrahmen	517
2. Umsetzung menschenrechtlicher Verantwortung im Unternehmen	518
3. Menschenrechte im Projektgeschäft	519
IV. Weitergabe von Verantwortlichkeiten	519
1. Wertschöpfungskette oder Lieferkette?	519
2. CSR-Compliance im Einkauf	520
3. Collective Action am Beispiel der Konfliktmineralienregulierung	521
4. CSR-Compliance auf der Absatzseite	522
5. Vergabe von Aufträgen	523
V. Strafrechtliche Aspekte menschenrechtlicher Verantwortung von Unternehmen	525
E. Fazit und Ausblick	525

§ 23. CSR in der chemischen Industrie (Brouwer)

A. Einführung – Die chemische Industrie im Branchenüberblick	528
B. CSR-relevante Herausforderungen der chemischen Industrie	529
I. Klimaschutz und gefährliche Stoffe	529
II. „Lieferkette“	532
C. CSR-relevante Rechtsquellen	533
I. Chemikalienrecht als staatenübergreifendes Schutzrecht	533
II. Übersicht CSR-relevante Rechtsquellen für den Chemiesektor	536
1. Chemikalienrecht	536
2. Sonstiges Umwelt- und Anlagenrecht	536
D. CSR-Verantwortung und -Haftung	537
I. Bestehender Rahmen und aktuelle Initiativen	537
II. Rechtliche Dimensionen gesellschaftlicher Verantwortung	540
1. CSR-Leitungs- und Überwachungspflichten de lege lata	540
2. Deliktsrechtliche CSR-Haftungsrisiken im Chemiesektor	541
a) Geschäftsherrenhaftung	541
b) Verletzung von Verkehrspflichten	542
c) Verletzung von Fürsorgepflichten	544
3. Klimaklagen	545

Inhaltsverzeichnis

E. Nachhaltigkeitsinitiativen der chemischen Industrie	546
I. Responsible Care	546
II. Chemie ³	547
III. International Sustainable Chemistry Collaborative Centre (ISC3)	548
IV. The Chemical Sector SDG Roadmap	548
V. Together for Sustainability (TfS)	548
F. Resümee und rechtspolitischer Ausblick	549

§ 24. Rohstoff- und Förderunternehmen (Dierkes/Laumann)

A. Einleitung	551
B. Sektorenspezifische gesetzliche Berichtspflichten	552
C. Rahmenwerke	553
I. Deutsche Extractive Industries Transparency Initiative (D-EITI)	554
II. Global Reporting Initiative (GRI)	555
D. Sektorenspezifische gesetzliche Regelungen und Initiativen	556
I. Deutsches Recht	556
1. Bundesberggesetz (BBergG)	556
2. Allgemeine Bundesbergverordnung (ABBergV)	557
3. Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)	557
4. Wasserhaushaltsgesetz (WHG)	558
5. Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	558
6. Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2017)	558
II. Europarecht	559
1. Wasser-Rahmen-Richtlinie	559
2. EU-Konfliktmineralienverordnung	559
III. OECD-Leitsätze für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten	560
IV. Weitere internationale Initiativen und ausländisches Recht	561
1. Sustainable Development Goals der UN	561
2. OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur konstruktiven Stakeholderbeteiligung im Rohstoffsektor	562
3. UK Modern Slavery Act 2015	563
E. Fazit und Ausblick	563

§ 25. Energiewirtschaft (Grünauer)

A. Energiewirtschaft im Zeichen globaler Entwicklungen und gesellschaftlicher Anforderungen	566
B. Merkmale des Sektors Energie	566
I. Einflussfaktoren	566
II. Bedeutung globaler Trends	567
III. Der regulatorische Rahmen	569
1. Emissionshandel	570
2. Weitere Förderschemata und Formen der CO ₂ -Bepreisung	571
IV. Die Rolle des Kapitalmarkts für die Energiewirtschaft	572
V. Klimaklagen als Instrument zur Einforderung von Grundrechten und Schadensersatz	573

C. Wesentliche CSR-Themen und Handlungsfelder für die Energiewirtschaft	576
I. Überblick	576
II. Treibhausgas-Emissionen	576
III. Nutzung von Wasser bei der thermischen Erzeugung	577
IV. Lieferkette	578
V. Erneuerbare Energien	579
D. Sektorbezogene Handlungsfelder	580
I. Dekarbonisierungszielepfade und Datenerfassung	580
II. Stakeholderbeteiligung und Projektmanagement	580
III. Klimawandel und Risikomanagement	581
E. Sektorübergreifende Handlungsfelder	582
F. Handlungsfeld klimabezogene Berichterstattung	583
I. Vom CO ₂ -Accounting zum CO ₂ -Management	583
II. Grenzen der Bewertbarkeit von standardisierten Klimaberichten	584
G. Zusammenfassung und Ausblick	585

§ 26. Handel (Wiedmann)

A. Einführung in den Handel und seine besonderen Herausforderungen	588
I. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Handels	588
II. Die Funktion des Handels	588
III. Die Globalisierung des Handels	588
IV. Die Rolle der Verbraucher	589
1. Billige versus nachhaltige Ware	589
2. Ständige Warenverfügbarkeit und Wegwerfkultur	590
B. Die Auswirkungen von Handel und Konsum auf die Umwelt und die Menschen	590
I. Auswirkungen auf die Umwelt	590
II. Auswirkungen auf die Menschen	591
C. Wege zur CSR-Compliance im Handel	592
I. CSR-Compliance entlang den Wertschöpfungsketten	592
II. CSR-Compliance durch unternehmensübergreifende Initiativen	593
III. CSR-Compliance durch Einzelinitiativen von Händlern	595
IV. CSR-Compliance durch die Veröffentlichung von Lieferantenlisten	595
V. CSR-Compliance durch Sozialstandards	596
1. Entwicklung von Sozialstandards	596
2. Sozialstandards als Ersatz für gesetzliche Regelungen	597
VI. Kritik an Sozialstandards und Sozialaudits	598
1. Die Überprüfung von Sozialstandards	598
2. Die Aussagekraft von Sozialaudits	598
3. Sozialaudits bei Sublieferanten	600
D. Gesetzliche CSR-Compliance-Vorgaben für den Handel	601
I. Gesetzliche Vorgaben entlang den Lieferketten für den Handel außerhalb Deutschlands	601
1. Der kalifornische „Transparency in Supply Chains Act“	601
2. Der englische „Modern Slavery Act“	601
3. Das französische „Loi relative au devoir de vigilance“	602
4. Der australische „Modern Slavery Act“	602
5. Das niederländische „Wet zorgplicht kinderarbeid“	602

6. Auswirkungen der Berichtspflichten auf das Verhalten der Verbraucher	603
II. CSR-Compliance-Vorgaben entlang den Lieferketten für den Handel in Deutschland	603
III. Sonstige CSR-Compliance-Vorgaben für den Handel in Deutschland	604
1. Vorgaben für die Vermeidung von Verpackungsmüll	604
2. Vorgaben für die Vermeidung von Plastiktüten	605
3. Vorgaben zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft	605
E. Ausblick auf zukünftige Vorgaben für CSR-Compliance im Handel	607
§ 27. Corporate Digital Responsibility (Anzinger)	
A. Digitale Revolution und Unternehmensverantwortung	611
B. Topographie digitaler Geschäftsmodelle	613
I. Basistechnologien der digitalen Transformation	614
II. Sharing Economy	615
III. Smart Products, Smart Services und Business Analytics	615
IV. Internet der Dinge (IoT) und Industrie 4.0	616
V. Blockchain und andere Distributed Ledger-Anwendungen	616
C. Best Practice und Selbstverpflichtung durch CDR-Kodizes	617
I. Charta digitale Vernetzung	617
II. Corporate Digital Responsibility (CDR) – Initiative (BMJV)	617
III. Initiative D21 – Arbeitsgruppe Ethik und CDR-Plattform	618
IV. Z.D.B – Corporate Digital Responsibility-Labs	619
V. Bitkom – Empfehlungen für den verantwortungsvollen Einsatz von KI und automatisierten Entscheidungen	619
VI. Bertelsmann Stiftung/VDE Algo.Rules und KI-Ethik-Label	619
VII. Hochrangige Expertengruppe für Künstliche Intelligenz der EU-Kommission: Ethik-Leitlinien für eine vertrauenswürdige KI	621
VIII. Pontificia Academia pro Vita: Rome Call for AI Ethics	622
IX. Beispiele unternehmensspezifischer Kodizes und CDR-Berichtselemente ...	623
1. Bosch: KI-Kodex	623
2. Deutsche Telekom: KI-Leitlinien	623
3. SAP: Grundsätze für Künstliche Intelligenz	624
4. WELEDA: Ethische Prinzipien für die digitale Transformation	624
5. PwC: Corporate Digital Responsibility & Digitale Ethik	625
6. United Internet: Corporate Digital Responsibility im Nachhaltigkeitsbericht	625
D. CDR als Teilmenge der CSR	626
I. Einschlägige CSR-Standards	626
1. Globaler Pakt der Vereinten Nationen („Global Compact“)	627
2. VN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechten („Ruggie-Principles“)	628
3. OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen	628
4. ISO 26000 Leitfaden für gesellschaftliche Verantwortung	629
5. Arbeitsschutz und branchenspezifische Standards	630
6. Nationaler Aktionsplan: Umsetzung der VN-Leitprinzipien zu Wirtschaft und Menschenrechte (2016–2020)	630
II. CDR-Wertefundamente in referenzierten Menschenrechtskatalogen	630
1. VN-Charta und Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	631
2. Internationale Menschenrechtscharta	631

3. Europäische Menschenrechtskonvention	631
4. Charta der Grundrechte der Europäischen Union	631
5. Europäische Datenschutzkonvention	632
6. Andere regionale Menschenrechtskodizes	632
III. Folgerungen für Maßstäbe und Berichtspflichten für daten- und algorithmbezogene Geschäftsmodelle	632
E. CDR im Datenschutzrecht – Hard Law in der EU	633
I. Wertungen, Prinzipien und Anwendungsbereich der DS-GVO	633
II. Rechtmäßigkeit, Informations- und Löschungspflichten	634
III. Automatisierte Entscheidungen, Profiling, Scoring und Dynamic Pricing ...	634
IV. Compliance-Organisationspflichten	635
V. Verhaltensstandards	635
F. CDR und Infrastrukturverantwortung	636
I. Netz- und IT-Sicherheit kritischer Infrastrukturen	636
II. Sorgfaltspflichten	637
III. Verhaltensregeln in Technischen Standards	637
G. Algorithm Responsibility	638
I. Soziale und gesellschaftliche Risiken	638
II. Möglichkeiten der staatlichen Regulierung	638
III. Algorithm Responsibility Kodex (Martini)	639
H. Compliance by Design	640
I. Perspektiven	640
§ 28. Nachhaltigkeit im Transport (Hartmann)	
A. Entwicklung des Transports und dessen Wirkung auf die Umwelt	642
B. Logistik und ökologische Nachhaltigkeit	644
I. Quantifizierung der Logistikemissionen	645
1. Berechnung im Landverkehr	645
2. Berechnung im Schienenverkehr	647
3. Berechnung in der Schifffahrt	647
4. Berechnung im Luftverkehr	647
5. Andere Methoden	648
II. Kritisches Berechnungsbeispiel mit Einführung eines CO ₂ -Preises	648
III. Innovationen im Bereich Nachhaltigkeit	649
C. Logistik und soziale Nachhaltigkeit	651
I. Risikoidentifikation	652
II. Risikoklassifikation	653
III. Risikomanagement	653
D. Zusammenfassung und Ausblick	654
§ 29. Lieferkettensteuerung (Wuttke)	
A. Motivation	656
B. Potenziale und Chancen von Lieferketten	657
I. Theoretischer Hintergrund	657
1. Transaktionskostentheorie	658
a) Nachteile von Unternehmen	658
b) Stärken von Märkten	659

Inhaltsverzeichnis

c) Transaktionskosten	660
2. Transaktionskosten und das Aufkommen von Lieferketten	660
II. Drei Ebenen der Wertschöpfung durch Supply Chain Management	661
1. Kostensenkung durch Supply Chain Management	661
2. Umsatzsteigerung durch Supply Chain Management	663
3. Strategische Passung durch Supply Chain Management	664
III. Ganzheitliche Betrachtung von Supply Chain Management	665
C. Herausforderungen des Supply Chain Managements	665
I. Strukturelle Herausforderung	665
1. Netzwerke, nicht Ketten	665
2. Komplexität durch Größe	666
3. Dynamik	667
4. Systemweiter Wert	667
II. Moderne Management Ansätze	668
1. Lean Management	668
2. Anforderungen an Lieferketten durch Lean Management	669
III. Verantwortung und Macht von Unternehmen	670
IV. Reichweite der Verantwortung	670
D. Die eigentlichen Akteure	671
I. Individuelle Anreize und Messbarkeit	671
II. Maverick Buying	672
III. Zuständigkeiten im Unternehmen	672
IV. Anreizsysteme für die Supply Chain, Kontrolle und Lenkung	673
E. Zusammenfassung und Ausblick	674
Stichwortverzeichnis	675

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG